Liberté • Égalité • Fraternité
RÉPUBLIQUE FRANÇAISE

MINISTÈRE
DE L'EUROPE ET DES
AFFAIRES ÉTRANGÈRES

DIRECTION GENERALE DE L'ADMINISTRATION
ET DE LA MODERNISATION

DIRECTION DES RESSOURCES HUMAINES

Sous-direction de la Formation et des Concours

Bureau des concours et examens professionnels
RH4B

CONCOURS RESERVE POUR L'ACCES AU CORPS DES SECRETAIRES DES AFFAIRES ETRANGERES AU TITRE DE L'ANNEE 2018

EPREUVES ECRITES D'ADMISSIBILITE

27 ET 28 NOVEMBRE 2017

ALLEMAND

Durée totale de l'épreuve : 3 heures.
Coefficient : 2.
Toute note inférieure à 8 sur 20 est éliminatoire.
Barème de notation des 2 épreuves : note en **allemand** 10 points, note en **français** 10 points.

Note en français

*Rédaction en **français** d'une note à partir de documents en allemand*

(450 mots avec une tolérance de plus ou moins 10%)

Ce dossier comporte 6 pages (page de garde non comprise).

*
* *

SUJET : En vous basant sur les documents fournis vous montrerez pourquoi, malgré de nombreuses divergences entre les partis, la « JAMAIKA KOALITION » semble être la seule solution pour former un gouvernement en RFA

FAZ 11/10/2017

MERKEL MAHNT ZUR VERANTWORTUNG BEI SONDIERUNGEN

Weiter Streit um Familiennachzug/ Göring-Eckardt : Eine der zentralen Frage

Eine Woche vor dem Beginn offizieller Sondierungsgespräche über eine Jamaika-Koalition streiten die möglichen künftigen Partner weiter vor allem über die Frage des Familiennachzugs für Bürgerkriegsflüchtlinge. Die Grünen-Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt sagte, dies werde "eine der zentralen Fragen" sein. Sie könne sich nicht vorstellen, dass das Verbot des Nachzugs für subsidiär Geschützte so fortgesetzt werde. Die Union hat vor den Sondierungsgesprächen mit Grünen und FDP das Ziel formuliert, die Aussetzung des Familiennachzugs über den März 2018 hinaus fortzusetzen. Die grosse Koalition habe beschlossen, bis zum März kommenden Jahres den subsidiär Geschützten, zum grossen Teil sind das Syrer, den Familiennachzug zu verwehren.

Der baden-württembergische Grünen-Politiker Boris Palmer lobte hingegen in einem Gespräch mit der "Rhein-Neckar-Zeitung" die Aussetzung des Familiennachzugs als "pragmatische Politik". Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte, das Ziel der Sondierungsrunden und der folgenden Koalitionsgespräche müsse ein Vertrag sein, »in dem sich alle Partner wiederfinden ». Die Union, die FDP und die Grünen hätten "einen Wählerauftrag" erhalten, sagte sie den Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland. "Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, ja, unsere Pflicht, daraus eine Regierung zu bilden". Die AfD übte Kritik an der Forderung der Grünen, auch den Familiennachzug für lediglich subsidiär Geschützte vom nächsten Jahr an wieder zuzulassen. Damit würden der soziale Frieden und die innere Sicherheit gefährdet, sagte der Vorsitzende der AfD-Fraktion im künftigen Bundestag, Alexander Gauland.

Das Auswärtige Amt teilte mit, dass sich derzeit 70 000 Syrer und Iraker bemühten, Familiennachzug nach Deutschland zu erhalten. Von Anfang 2015 an bis Mitte dieses Jahres sind bereiits 102 000 Visa für den Familiennachzug von Syrern und Irakern ausgestellt worden. Das Auswärtige Amt schätzt, dass bis zum Ende des kommenden Jahres noch einmal 100 000 bis 2000 000 weitere Visa für Syrer und Iraker hinzukommen könnten.

SPIEGELGESPRÄCH MIT JOSCHKA FISCHER (DER SPIEGEL 43/2017)

SPIEGEL: Herr Fischer, schon im Jahr 2005 war Jamaika rechnerisch möglich. Als Sie damals danach gefragt wurden, mussten Sie an Angela Merkel und Guido Westerwelle mit Dreadlocks und einem Joint in der Hand denken und lachten nur: " Wie soll das gehn, im Ernst, ich meine, bitte." Und heute?

Fischer: Es gilt der alte Bob-Dylan-Song: "The times they are a-changin'", die Zeiten ändern sich. Wir sind ein paar Jahre weiter, und das, was ich damals-vielleicht auch nur mangels Fantasie-für unmöglich hielt, ist heute eine Notwendigkeit geworden. So kann's gehen.

SPIEGEL: Was hat sich denn so grundlegend geändert?

Fischer: Spätestens seit 2015 und dem Ankommen der Flüchtlinge ist klar, dass die Zeit des sich immer mehrenden Sonnenscheins über unserem lieben Vaterland zu Ende geht. Die grossen Probleme des 21.Jahrhunderts klopfen an unsere Tür. Das gilt auch für die dramatischen Veränderungen, die wir global unter anderem bei Brexit und bei der Wahl von Donald Trump sehen. Man kann die Menschen nicht gewinnen, indem man schweigt und abwartet, wie Angela Merkel es versucht hat. Die Menschen wollen-im besten Sinne des Wortes- Führung.

SPIEGEL: Jamaika soll mit Führung punkten ? Es wird eher auf den kleinsten gemeinsamen Nenner hinauslaufen.

Fischer: Die Verantwortlichen werden in die Situation kommen, dass sie führen müssen. Schon allein, weil die Verhältnisse heute sind, wie sie sind. Der Druck der Realitäten, wie das so schön heisst, wird enorm werden. Wir haben das schon damals bei Rot-Grün erlebt: Wir waren noch nicht im Amt, da war die Frage des Kosovokriegs zu beantworten . Und dann kamen die Anschläge vom 11. September.

SPIEGEL: Welche Punkte müssen die Grünen in einer Koalition mit Union und FDP unbedingt durchsetzen?

Fischer: Ich verweise auf diejenigen, die in der Verantwortung sind, die können Ihnen das sagen. Durch den Zwang zur Einigung, den ich eben beschrieben habe, werden sich alle bewegen müssen, nicht nur wir, sondern auch FDP, CDU und vor allem CSU. Die ist übrigens ein echter Faktor der Instabilität bei Jamaika. Das macht mir die grössten Sorgen.

SPIEGEL : Sie sehen kein inhaltliches Thema, das für die Grünen essenziell wäre?

Fischer: Doch, ich nehme an, da gibt es einige. Aber das ist die Sache der gewählten Gremien der Partei. Die Zukunft der deutschen Automobilindustrie steht zum Beispiel konkret auf dem Spiel. Werden wir den Umbruch, den die Elektrifizierung mit sich bringt, gestalten oder erleiden? Wir sind das Automobilland. Wenn wir es nicht schaffen, hier technologisch an der Spitze zu bleiben, wird es bitter. Das ist eine der entscheidenden Fragen, was Arbeitsplätze, Einkommen, Wohlstand angeht, nicht nur für ein paar Reiche oder Superreiche, sondern für sehr , sehr viele Menschen.

SPIEGEL: Zu den Fakten gehört auch, dass die Grünen bei der jüngsten Bundestagswahl nur auf dem sechsten Platz gelandet sind. Laut Infratest dimap sind allein 170 000 Grünenwähler zu den Linken abgewandert. Haben Sie keine Sorge, dass Jamaika die Grünen zerreisst?

Fischer: Habe ich nicht. Die Partei macht einen geschlossenen Eindruck. Sollen die Grünen nicht regieren aus Sorge, dass Wähler zu anderen Parteien gehen könnten ? Es ist andersherum: Die Grünen würden viele Wähler verlieren, wenn sie sich kategorisch verweigerten. Natürlich wird Jamaika für die Partei eine grosse Herausforderung . Aber man kann die Herausforderungen nicht aussuchen. Nach Lage der Dinge will aktuell keine Partei Jamaika, aber alle müssen, weil das Volk so gewählt hat. Ausser einer Minderheitsregierung oder Neuwahlen gibt es keine Alternative.

SPIEGEL: Die schliessen Sie aus?

Fischer: Wer will denn die Verantwortung für Neuwahlen übernehmen? Die würden mit einem noch besseren AfD-Ergebnis und womöglich wieder unklaren Mehrheiten enden.

FAZ **12**/10/ 2017

DAS JAMAIKA-BÜNDNIS IN KIEL **von Matthias Wyssuwa**

Nach 100 Tagen läuft das Jamaika-Bündnis in Kiel nach ein paar Holperern recht gut. Was können die Parteien im Bund davon lernen?

In Kiel geht es nicht mehr nur um Kiel. So sieht man es zumindest in Kiel. Da leitet Ministerpräsident Daniel Günther seine Regierungserklärung am Mittwoch nicht nur mit Werbung für die Koalition seiner CDU mit FDP und Grünen ein, sondern empfiehlt das Bündnis auch eindringlich für den Bund. Da beschwert sich der Oppositionsführer Ralf Stegner von der SPD, dass einzelne Mitglieder der Koalition eher die Hauptstadt im Sinn hätten als das Land. Da spricht Eka von Kalben, die Fraktionsvorsitzende der Grünen, davon, dass Jamaika in Kiel eine vorbildfunktion haben und gesellschaftlich beispielgebend sein könne. Und da sagt Wolfgang Kubicki, der noch der Kieler FDP-Fraktion vorsitzt und tatsächlich bald nach Berlin gehen wird, sogar: "Nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa schaut auf Schleswig-Holstein." Grosse Worte für ein kleines Land.

Seit gut hundert Tagen regiert zum zweiten Mal ein Jamaika-Bündnis in einem Land. Im Saarland scheiterte es kläglich. In Schleswig-Holstein läuft es bislang ganz ordentlich, und da in Berlin Union Grüne und FDP bald beginnen, über Jamaika zu sondieren, geniesst das Land im Norden so viel Aufmerksamkeit wie selten. Und ein paar Lehren lassen sich aus den Erfahrungen in Kiel ziehen: Dass nur alle wollen müssen, zum Beispiel. Aber auch, dass es schnell eng werden kann.

In Kiel nämlich wäre Jamaika fast gescheitert , bevor es überhaupt so richtig losging. Es waren die letzten Tage der Koalitionsverhandlungen im Sommer, und alles schien auf einem guten Weg zu sein. Da knallte es plötzlich. Die Grünen wollten über ein Papier zur Wirtschaftspolitik verhandeln, das schon ausverhandelt war. Das Ergebnis aber war ihnen zu liberal greaten. Auf einmal stand alles auf der Kippe, 24 Stunden lang. Heiner Garg hätte alles abblasen können, er war der Verhandlunghsführer der FDP. "Da ist man dann ganz alleine", sagt Garg nun. Er fällte die Entscheidung, weiter zu verhandeln. "Und ich würde sagen, sie war richtig.

Tatsächlich waren diese 24 Stunden die bislang dramatischsten, die Jamaika in Kiel zu bieten hatte. Natürlich eignete sich diese Episode auch gut um vorzuführen, dass kein Partner sich den Weg hinein in das Bündnis allzu einfach gemacht hat. "Vielleicht würde Jamaika gar nicht so gut funktionieren, wenn es diese 24 Stunden nicht gegeben hätte", sagt Garg. Er ist jetzt Sozialminister. Als man alles Punkt für Punkt noch einmal durchgegangen sei, "ist noch einmal Verständnis und Vertrauen gewachsen". Kurz darauf stand der Vertrag. Die ersten Tage der Jamaika-Koalition nahmen ihren Anfang. Und im Bündnis betonen alle, wie zufrieden sie nun seien.

"Unsere 100-Tage-Bilanz kann sich wahrlich sehen lassen " sagt Günther. Er schwärmt von einem Bündnis der Brückenbauer, das vermeintlich Konservatives und vermeintlich besonders Progressives verbinde und Grenzen überwinde.

DER SPIEGEL 42/2017

Leitartikel **MIT SELBSTVERLEUGNUNG**

Die Grünen müssen zeigen, dass es ihnen nicht nur um die Erfüllung von Karrierezielen geht.

Es werden "keineKnackpunkte genannt", sagt ein grüner Ministerpräsident in Baden-Württemberg. Man streite nicht "für das Wahre, Schöne, Gute" in der Opposition, sagt ein grüner Wirtschaftsminister in Hessen. Er wolle "endlich anfangen", wolle endlich zum Gespräch eingeladen werden, sagt der ehrgeizige grüne Parteivorsitzende Cem Özdemir in Berlin.

Moment. Wie war das noch mal? Es geht um eine mögliche Regierungskoalition aus Schwarz,Gelb und Grün, und die grüne Spitze kann es kaum erwarten, dass sie Wirklichkeit wird?

Es geht darum, sich mit der Union zu arrangieren, also auch mit einer CSU, die jede Zuwanderung scheut,Grenzen am liebsten dichtmachen würde und jetzt, als Reaktion auf die AfD, noch weiter nach rechts schwenken will. Mit denen wollen die Grünen nun gemeinsame Sache machen? Und mit einer FDP, die alles, was im Tui-Reisekatalog vorkommt, als sicheres Herkunftsland begreift? Und die in Europa noch härter und unsolidarischer auftreten will als Wolfgang Schäuble?

Mit einem Jamaikaarrangement droht den Grünen nichts weniger als die Selbstverleugnung- vorausgesetzt, dass es überhaupt noch etwas gibt, dass mlan verleugnen kann....

Özdemirs persönliches Ziel ist das Aussenministerium. Er will sich erkennbar selbst etwas beweisen, nicht zuletzt weil er im Jahre 2002, bei der letzten grünen Regierungsbeteiligung, nicht berücksichtigt wurde. Doch was für Özdemir heute gut sein mag, könnte für seine Partei verheerende Folgen haben. Im Fall von Joschka Fischer brachte das Aussenministerium der Partei gar nichts. "Es gibt keine grüne Aussenpolitik", sagte Fischer apodiktisch, "sondern nur deutsche Aussenpolitik". Und so handelte er auch. Grüne Politik mit gesellschaftsverändender Kraft machte zu Fischers Zeiten ein anderer: Umweltminister Jürgen Trittin.

Nicht noch einmal sollten sich die Grünen den Karriereträumen eines Einzelnen unterordnen. Sie sollten etwas verlangen, womit sich wirklich gestalten liesse. In Europa zumindest ist es nicht der deutsche Aussenminister, sondern der Finanzminister, der den Kurs der EU entscheidend prägt. Der scheidende Schäuble hatte in den vergangenen Jahren deutlich mehr zu sagen als der jeweilige Kabinettskollege aus dem Auswärtigen Amt. Wo das Geld sitzt, sitzt die Macht- wer eine Politikwende in Europa, in Deutschland anstrebt, der sollte das wissen, sollte dementsprechend handeln.

Für die grüne Glaubwürdigkeit gibt es weitaus wichtigere Angelegenheiten als die, ob Özdemir Aussenminister werden darf. Landwirtschaft, Umwelt, Verkehrspolitik, Migration, Integration- das sind die grünen Kernthemen. Darauf achten grüne Mitglieder und Wähler immer noch. Die Fragen werden kommen: welche Zumutungen sind die Grünen bereit zu akzeptieren? Welche Dieselschutzklausel, welchen Flüchtlingsdeal? Niemand verlangt , dass sie zum Alpakapullover zurückkehren oder zu jenem bebenden Moralismus, der einst im Bundestag Blumenketten für den Frieden flocht.

Aber wenn es hart auf hart kommt, wenn Jamaika nur grüne Posten bedeutet statt grüner Politik, dann hilft es der Glaubwürdigkeit, wenn sie sich an ein Wort erinnert, das sie anfangs oft in den Mund nahmen.

Das Wort heisst: Nein.

Barbara SUPP